



Dietmar Nietan
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dietmar Nietan MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Diözesanarbeitsgemeinschaft
Integration durch Arbeit der Caritas im Bistum Aachen
Kapitelstraße 3

52066 Aachen

Caritasverband für das Bistum Aachen e.V.
21. Dez. 2009
z. V. an
z. K. an

Berlin, 16.12.2009
Bezug: Ihr Schreiben vom
03.12.2009

Hilfe aus einer Hand für Arbeitssuchende

Dietmar Nietan MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: PLH
Raum: 7.737
Telefon: +49 30 227-73648
Telefax: +49 30 227-76648
dietmar.nietan@bundestag.de

Sehr geehrter Herr König,

Büro Wahlkreis:
Holzstraße 34
52349 Düren
Telefon: +49 02421-6936256
Telefax: +49 02421-6936257
dietmar.nietan@wk.bundestag.de

vielen Dank für Ihr Schreiben zur Neuregelung der Organisation der ARGEn. Die SPD spricht sich ganz entschieden gegen den aktuellen Vorschlag der schwarz-gelben Bundesregierung zur Umstrukturierung der ARGEn aus.

Ich stimme mit Ihnen überein, dass eine Betreuung von langzeitarbeitslosen Menschen in getrennter Aufgabenwahrnehmung eine umständlichere und schlechtere Betreuung von Langzeitarbeitslosen bedeutet. Das Prinzip der „Leistungen aus einer Hand“ würde aufgegeben werden. Zum anderen wird eine extrem komplizierte Verwaltungsstruktur aufgebaut, die unnötig Arbeitsaufwand und Mehrkosten für den Bund und für die kommunalen Träger verursacht. Diese zusätzlichen Kosten bedeuten jedoch nicht bessere Leistungen für die Menschen vor Ort, sie kommen nicht bei den betroffenen Hilfeempfängern an, sondern werden alleine für ein Mehr an Verwaltung aufgewendet.

Ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Krise auf dem Arbeitsmarkt wird mit einer mehr als fraglichen Organisationsreform der Fähigkeit der Arbeitsverwaltung zur professionellen Vermittlung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen schwerster Schaden zugefügt.

Wie Sie wissen, hatte sich der frühere Bundesarbeitsminister Olaf Scholz mit den Verhandlungsführern der Bundesländern, den Ministerpräsidenten Kurt Beck und Jürgen Rüttgers, Anfang 2009 mit der Schaffung von sogenannten Zentren für Arbeit (ZAG) auf einen Kompromiss verständigt. Dieser Vorschlag berücksichtigte die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Die Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaften unter verbesserten Rahmenbedingungen auf der Grundlage einer



Verfassungsänderung wäre so ermöglicht worden. Das bürgerfreundliche Modell „Hilfe aus einer Hand“ hätte fortgesetzt werden können.

Um so überraschender war als im Frühjahr 2009 die CDU/CSU Bundestagsfraktion diesen Kompromiss ablehnte. Die CDU/CSU-Fraktion stellte sich damit nicht nur gegen ein faktisch von allen Bundesländern unterstütztes Konzept, welches sowohl die Fortführung der ARGEn bzw. Job-Center als auch den Erhalt der Optionskommunen ermöglicht hätte. Sie stellte sich mit dieser Haltung auch gegen die Mehrheit der kommunalen Spitzenverbände sowie die Verbände der freien Wohlfahrtspflege. Leider lehnt die jetzige Bundesregierung den ausgehandelten Vorschlag nach wie vor ab. Mit der Verweigerung einer Grundgesetzänderung gefährdet die Bundesregierung nach der Mehrheit der Rechtsexperten übrigens auch den Fortbestand der Optionskommunen.

Als SPD stehen wir weiter zu dem Anfang 2009 ausgehandelten Kompromissvorschlag, der weiterhin eine „Hilfe aus einer Hand“ ermöglichen würde. Wir haben ihn deshalb als Gesetzesinitiative in den Deutschen Bundestag eingebracht. Nur gemeinsam können unserer Meinung nach Kommunen und Agenturen für Arbeit die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt bewältigen. Gleichzeitig garantiert dieser Vorschlag, dass die bestehenden Optionskommunen rechtlich abgesichert werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist für Verhandlungen mit der Bundesregierung gesprächsbereit, um eine gute Lösung für die Arbeitsuchenden und die Mitarbeiter in den ARGEn bzw. Job-Centern und Optionskommunen zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Nietan MdB